

bracht werden. Der ökologische Umbau muss einhergehen mit der Angleichung und Verbesserung der sozialen Verhältnisse. In einer ökologisch und sozial erneuerten EU wird nicht nur das Klima geschützt, sondern auch das Recht aller Bürger auf Bildung, Arbeit zu fairen Bedingungen, Gesundheitsversorgung, Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit und gerechte und auskömmliche Renten verwirklicht. Auch das ist Teil des *Green New Deal*, für den die Grünen Parteien EU-weit eintreten. Die Krisenentwicklung der letzten zwei Jah-

re hat uns die großen Brüche zwischen den Mitgliedsstaaten der EU vor Augen geführt. Der Vertrag von Lissabon gibt uns im Parlament mehr Möglichkeiten, diese Brüche zu überwinden. Für die Linksfraktion geschieht das hier im Parlament immer in zu kleinen Schritten. Die Grünen stellen sich den Macht- und Kompetenzrealitäten anders: Wir sehen uns als die Kraft, die für die »große Transformation«, den ökologisch sozialen Umbau oft die ersten Schritte anschieben muss damit Umbauprozesse in Gang gesetzt oder unumkehrbar werden.

Jo Leinen

Klimapolitik als Weg aus der ökonomischen Krise

Die Europäische Politik ist in jüngster Zeit maßgeblich von Krisen bestimmt worden. Der sich verschärfende Klimawandel ruft in regelmäßigen Abständen alle Akteure auf den Plan, die Finanzkrise und die daraus resultierende Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise haben eine bisher nicht dagewesene Rettungsaktion für die europäischen Banken notwendig gemacht und schließlich hat die Schuldenkrise in Griechenland verdeutlicht, dass auf europäischer Ebene eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik notwendig ist.

Die Folgen dieser Krisen sind ernst und dürfen nicht unterschätzt werden. Genauso wenig aber dürfen auch die Chancen, die sich daraus ergeben, unterschätzt werden. Gerade das Zusammenkommen dieser Herausforderungen bietet die unverhoffte Möglichkeit, grundsätzlich über die Zusammenhänge von Umwelt-, Energie-, Sicherheits-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nachzudenken. Die zentrale Frage für die Zukunft der EU wird sein: Wie können wir ein zukunftsfestes europäisches Wirtschaftsmodell aufbauen, das einen nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt garantiert und gleichzeitig ver-



Jo Leinen

(* 1948) MdEP, war bis 1994 Umweltminister im Saarland und ist jetzt u.a. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament.

jo.leinen@europarl.europa.eu

hindert, dass kurzfristige wirtschaftliche Erwägungen die Arbeitsmärkte destabilisieren? Oder: wie schaffen wir es, dass der Klimaschutz und die Sicherung von Wohlstand für alle Hand in Hand gehen?

Die Zukunft gehört der kohlenstoffarmen Wirtschaft

Dass es unumgänglich sein wird, diesen Spagat zu schaffen, haben progressive Kräfte in Europa schon lange erkannt. Die Konzepte von grünem Wachstum und eines *Green New Deal* standen als unmittelbare Antwort auf die Wirtschaftskrise bereit. Da ist es schon bemerkenswert, dass erst im Juli 2010 drei konservative europäische Umwelt- und Energieminister einen offenen

Brief unterzeichneten, in dem sie für strengere europäische Klimaschutzvorgaben plädierten, mit der Begründung, unsere Wirtschaft würde sonst wirtschaftlich den Anschluss an den Rest der Welt, insbesondere China, Indien und die USA, verlieren. Was progressive Kräfte in der Europäischen Union schon lange vor Ausbruch der Krise, und erst recht seitdem ihr volles Ausmaß ersichtlich geworden ist, gefordert haben, scheint nun auch in politischen Kreisen angekommen zu sein, wo die Förderung umweltfreundlicher Technologien und die Festlegung auf Reduktionsziele bisher als Todesschuss für die Wirtschaft galten.

Eine kohlenstoffarme Wirtschaft kann ein nachhaltiges Modell für die europäische Zukunft sein. Eine Vielzahl wirtschaftlicher Gründe sprechen dafür. Befürchtungen, ehrgeizige Veränderungen würden Wachstum und Beschäftigung gefährden, werden sich nicht bewahrheiten. Vielmehr stellen schon jetzt Industrie, Dienstleistungen und Energieerzeuger fest, dass sie durch Innovationen und zukunfts-trächtige Technologien die besten Karten für späteres Wachstum bereithalten. Der Beinahe-Zusammenbruch der US-amerikanischen Autoindustrie macht deutlich, dass rückwärtsgewandte und innovationsfeindliche Industriezweige den Anschluss an die moderne Wirtschaft verlieren. Die europäische Wirtschaft kann im internationalen Wettbewerb aber auf Dauer nur durch einen deutlichen Innovationsvorsprung bestehen.

Auf ehrgeizige Umweltgesetzgebung folgt nur in den allerwenigsten Fällen ein unterdurchschnittliches Wachstum. Indien, China, Brasilien und andere Schwellenländer erlassen daher wohl kaum ohne Grund strenge Umweltgesetze. Sie haben die Zeichen der Zeit erkannt und bereiten sich auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft vor. Denn während die meisten Industriezweige durch die Wirtschaftskrise schwere Verluste hinnehmen mussten, konnten grüne Technologien weiterhin wachsen.

Mit der Förderung eines »grünen Arbeitsmarktes« kann die europäische Politik die richtigen Weichen stellen. Das Potenzial für grüne Arbeitsplätze ist enorm. Das beeindruckende Wachstum der grünen Industriezweige in den letzten Jahren zeigt, dass das Umschwenken auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft eben keine teure, durch Umweltgesetzgebungen auferlegte Pflicht sein wird, sondern eine einmalige Chance darstellt, einen nachhaltigen Weg aus der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise zu finden. Dabei werden diese Arbeitsplätze nicht nur in den traditionellen grünen Technologien wie Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Transport entstehen. Alle Sektoren des Arbeitsmarktes können hiervon profitieren. Die progressive europäische Politik muss dafür Sorge tragen, dass in einem kohärenten Politikansatz auch in der Transport-, der Landwirtschafts- und der Haushaltspolitik, bei der Reform der Europäischen Agrarpolitik und im Hinblick auf die finanzielle Vorausschau ab 2014 wirtschaftliche, soziale sowie umwelt- und klimaschonende Kriterien die Basis für die EU-Politik bilden. Anders als bisher darf das Bruttoinlandsprodukt zudem nicht länger der einzige Faktor zur Bewertung des wirtschaftlichen Erfolgs eines Landes sein. Die nachhaltige Ressourcennutzung sowie die Berücksichtigung sozialer Kriterien müssen in höherem Maße bei der Beurteilung einer Volkswirtschaft berücksichtigt werden. Eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050, die nicht länger auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder unter Inkaufnahme großer Umweltrisiken beruht, wird sich nur durch kohärentes Vorgehen in allen betroffenen Politikbereichen und durch koordiniertes Handeln auf europäischer Ebene verwirklichen lassen.

Dabei ist klar, dass die entscheidenden Impulse für den Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft stets von progressiven Kräften kamen und auch in Zukunft weiter kommen müssen. Auf nationaler

Ebene hat die rot-grüne Bundesregierung bereits im Jahr 2000 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik in einer Gesetzgebung miteinander verbunden. Schon damals wurde erkannt, welches enorme Arbeitsmarktpotenzial in dem boomenden Bereich der Erneuerbaren Energien steckt. Zwischen 2000 und 2010 hat sich die Beschäftigung in diesem Industriezweig in Deutschland auf über 300.000 Arbeitsplätze verdreifacht. Bis zum Jahr 2020 wird erwartet, dass bis zu 400.000 Menschen im Bereich Erneuerbare Energien beschäftigt sein werden.

In Kontinuität zur Klima- und Arbeitsmarktpolitik durch das EEG und aufbauend auf den Erfolgen bei der Verbreitung der Erneuerbaren Energien und des beeindruckenden Aufschwungs in diesem Arbeitsmarkt hat die SPD jetzt einen weiteren Vorstoß gemacht. Danach sollen durch ein nationales Klimaschutzgesetz die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 % sowie bis 2050 um 95 % reduziert werden. Nachprüfbar Zwischenziele werden rechtsverbindlich festgeschrieben: Emissionsminderungen von 60 % bis 2030 und 80 % bis 2040. Doch so löblich und wichtig diese Initiativen auf nationaler Ebene sind, sie werden auf lange Sicht nicht ausreichend sein. Gerade im Klimaschutz sind internationale Abkommen und Ziele notwendig. Die SPD fordert für die europäischen und globalen Ebenen solche verbindlichen Vereinbarungen.

Daher stehen die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament regelmäßig an der Spitze derer, die eine Europäische Gesetzgebung für ehrgeizige, verbindliche Klimaschutzziele fordern. Hier bestehen erhebliche Schnittmengen mit den Grünen und den Linken, mit denen des Öfteren in Klimafragen eine gemeinsame Koalition gegen konservative Kräfte geschmiedet werden konnte.

Durch den Druck von progressiven Kräften gelingt allmählich ein Profil der Europäischen Union in der internationa-

len Klimapolitik. Ein Politikfeld bleibt aber immer noch fest in der Hand der Mitgliedstaaten: die Energiepolitik. Sie ist ein Dreh- und Angelpunkt für eine erfolgreiche Klimapolitik und muss daher in viel stärkerem Maße als bisher auf europäischer Ebene koordiniert werden. Mit einer »Europäischen Energiegemeinschaft« könnten wir sicherstellen, dass die in Europa verfügbaren erneuerbaren Energieresourcen optimal genutzt werden und damit gleichzeitig eine höhere Energiesicherheit garantiert wird. Nationale Energiepolitiken sind keine Lösung mehr.

Europapolitisches Projekt oder Identitätssuche

Die Frage nach einem koordinierten europäischen Auftreten – sei es in der Klima- und Energiepolitik oder auch in anderen europäischen Politikfeldern – ist ein wichtiger Punkt, an dem die Politik von Sozialdemokraten, Grünen und Der Linken zu messen ist. Hier zeigt sich, dass trotz inhaltlicher Gemeinsamkeiten noch erhebliche Unterschiede bestehen. Während SPD und Grüne ein klar erkennbares europapolitisches Projekt haben, ist Die Linke noch zu sehr mit ihrer Identitätssuche beschäftigt und bleibt daher gefangen in einem nationalstaatlichen Denken, das eine eindeutige pro-europäische Positionierung verhindert. Dagegen können insbesondere die Sozialdemokraten mit ihrer Integration in die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) und in die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament klare Bekenntnisse zu europapolitischen Themen formulieren. Will die Linke also mit Sozialdemokraten und Grünen eine echte progressive Allianz für Europa eingehen, muss sie endlich über ihren Schatten springen und erkennen, dass die großen Probleme zukunftsfähige Lösungen erfordern. Ein Festhalten an überkommenem Nationalstaatsdenken hilft da nicht mehr.